



## Detailansicht des Regelungsvorhabens

### Änderungen am Gesetzentwurf zur Umsetzung EU- Verbraucherkreditrichtlinie

Stand vom 07.10.2025 09:01:37 bis 22.10.2025 09:34:29

#### Angegeben von:

Genossenschaftsverband Bayern e. V. (R002999) am 07.10.2025

#### Beschreibung:

Das gesetzliche Muster für eine Widerrufsbelehrung bei Allgemein-Verbraucherdarlehensverträgen soll erhalten bleiben. Kreditkarten in Form von Debitkarten mit Zahlungsaufschub sollen weiterhin nicht vom Verbraucherkreditrecht erfasst werden. Die in der EU-Richtlinie vorgesehene Ausnahmeklausel ist in das deutsche Recht zu übernehmen. Das Schriftformerfordernis sollte auch für Immobilial-Verbraucherdarlehensverträge entfallen. Die Kreditwürdigkeitsprüfung sollte für geduldete Überziehungen entfallen. Die entsprechende Ausnahmeklausel in der EU-Richtlinie sollte genutzt werden.

#### Zu Regelungsentwurf

---

1. **Bundestags-Drucksachennummer:**

BT-Drs. 21/1851 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2225 über  
Verbraucherkreditverträge

Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

#### Betroffene Interessenbereiche (2)

---

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

## Betroffene Bundesgesetze (1)

---

BGB [alle RV hierzu]